

Kuba und die USA 2009 Warten am Golfstrom

Die kubanische Revolution wird dieses Jahr 50 Jahre alt. Werden sich die Dinge in Kuba unter Präsident Obama rasch bewegen? Beide Seiten lieben ihre Bretter vor dem Kopf.

Erwin Dettling

Kuba hat schwierige Monate hinter sich. Hurrikane haben im Herbst 2008 auf der grössten Karibik-Insel eine halbe Million Wohnhäuser, Schulen, Fabriken, Trocknungshäuser für Tabak, Hotels und Kinosäle ganz oder teilweise zerstört. Die Zyklone rasten mit Winden von mehr als 300 Stundenkilometer über die Landschaft, knickten Hochspannungsleitungen wie Zündhölzer, bliesen das Laub von Bäumen, kappten Palmen und überfluteten Treibhäuser mit Saatgut und Setzlingen. Ganze Landschaften sahen unmittelbar nach der Naturkatastrophe wie nach Bombenangriffen aus. Die Hurrikane verursachten Schäden von geschätzten 5 Milliarden US-Dollar.

Kuba ist an Hurrikane gewöhnt. Das Land verfügt über einen vorbildlichen Zivilschutz. Todesopfer sind selten. Trotzdem: Die finanziellen Folgen der Hurrikane sind für die kubanische Regierung enorm; internationale Hilfsgelder fliessen vor allem ins benachbarte Haiti, ein Land, das noch ärmer ist als Kuba.

Mindestens an guten Worten fehlt es nicht. Raul Castro, der von seinem Bruder Fidel aufgrund von dessen Krankheit die Macht im Staat vor gut zwei Jahren übernommen hat, versucht die Opfer der Hurrikane patriarchal zu motivieren: „Nach meinem Augenschein in Pinar del Rio gehe ich zufrieden nach Havanna zurück, weil auch die Pinarenos zufrieden sind. Ich redete mit vielen Leuten, sah vor Ort kein finsternes Gesicht. Und wenn ich ein mürrisches Gesicht sah, ging ich hin und fragte: Bist du krank, gibt's sonst ein Problem? Ich bitte euch alle: Bleibt optimistisch, behaltet die Hoffnung und den Mut. Der Mut darf nicht sinken. Das ist das Schlimmste!“

Wo Raul und Fidel Castro sind, ist Politik und das gespannte Verhältnis zu den USA. Das gilt auch in Zeiten der Hurrikane. Yolanda, ein Opfer der Wirbelstürme, bringt in dieser schweren Zeit einmal mehr das amerikanische Embargo ins Spiel, das die USA vor fast 50 Jahren gegen Kuba verhängt hatten. „Fidel und Raul Castro möchten uns helfen. Aber die USA blockieren uns. Viele lateinamerikanische Länder wollen uns helfen. Aber die USA hindern unsere Freunde daran. Die USA sind der historische Feind von Kuba, der andere daran hindert, uns zu helfen. Wir kämpfen und leben weiter, weil wir nur ein Leben haben.“

Die USA und Kuba springen selbst aus humanitären Gründen nicht über ihre Schatten. Kuba bot den USA im Jahr 2005 Hilfe an, als der Wirbelsturm Katrina die Stadt New Orleans verwüstete. Die USA lehnten das kubanische Hilfsangebot damals ab. Jetzt, wo Kuba dringend Hilfe bräuchte, stelle sich die Regierung in Havanna quer, meint der amerikanische Handelsminister Carlos Gutierrez: "Das US-Embargo gegen Kuba ist ein Thema, das nichts mit Nothilfe zu tun hat. Die Leute leiden und brauchen sofort Hilfe. Es ist unglaublich, dass man jetzt die Politik vor das Leid und das Wohlergehen der Menschen stellt."

Beim Thema Kuba scheint die politische Irrationalität sowohl in Havanna aber auch in Washington vorzuherrschen. Zwei Jahre sind vergangen, seit Fidel Castro am 31. Juli 2006 krankheitsbedingt als Staats- und Regierungschef zurück treten musste. Die Macht blieb in der Familie. Der Comandante en jefe, Fidel Castro, übergab seinem jüngeren Bruder Raul interimistisch die Führung der kommunistischen Partei, den Oberbefehl über die Armee und auch das Amt des Staatsoberhauptes. Das Provisorium erwies sich rasch als Dauerzustand. Am 24. Februar 2008 wurde Raúl Castro vom Parlament ohne Gegenstimme zum neuen Staatsoberhaupt und zum Regierungschef gewählt.

Seither ist viel Zeit ins Land gegangen, die vage Hoffnung in der Bevölkerung auf einen neuen Wind in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft unter der Herrschaft von Raul Castro, hat sich vorläufig zerschlagen. Immerhin hat der neue Revolutionsführer ein paar unhaltbare Zustände beseitigt. So können jetzt Kubanerinnen und Kubaner offiziell Mobiltelefone besitzen, in Devisen-Hotels übernachten, Computer kaufen und Autos mieten. Es handelt sich jedoch um Scheinreformen. Denn die Menschen in Kuba können sich diese Luxus-Güter- und Dienstleistungen mit Durchschnitts-Löhnen zwischen 20 und 30 US-Dollar pro Monat nicht leisten. Lazaro, ein Installateur, kann über die Pro-forma-Öffnung des kubanischen Telefon-Mobilmarktes nur lachen. „Kannst Du vergessen mein Freund. Ich habe nicht diese Möglichkeit. Hay problema con eso, amigo, hay problema.“

Der Installateur Lazaro ist nicht der einzige, der die Pseudo-Reformen von Raul Castro nicht ernst nehmen können. Yoanis Sanchez, die Meister-Bloggerin aus Havanna, meint, Raul Castro vollziehe eigentlich nur nach, was die Bevölkerung selbst halblegal erkämpft habe. Yoanis Sanchez hat von der spanischen Zeitung „El Pais“ für ihren Blog „Generacion y“ soeben den prestigeträchtigen Preis „Ortega y Gasset“ für die beste digitale Veröffentlichung des Jahres erhalten. Der Blog von Yoanis Sanchez verzeichnet pro Tag mehr als eine Million Besucher: „Die ersten Reformen sind kosmetisch. Seit einiger Zeit kaufen wir in Kuba legal Computer und unterschreiben Verträge für mobile Telefone. Die Regierung hat nichts anderes gemacht, als das zu legalisieren, was im Untergrund schon längst Realität war. Wir verschafften uns über den Schwarzmarkt den Zugang zur Informatik. Über ausländische Touristen gelangten wir an Verträge für

Mobiltelefone. Die Regierung hat also nur einen Zustand anerkannt, der in der Schattenwirtschaft schon bestand. Nicht besser steht es mit den Hotels, zu denen wir jetzt offiziell Zugang haben. Mit einem Durchschnittsverdienst von 20 bis 30 Dollar ist auch diese Öffnung nicht mehr als Kosmetik. Die grossen Reformen stehen noch aus. Die Bevölkerung fordert die Aufhebung des dualen Währungssystems im Land, kleine und mittlere private Unternehmen und die Freiheit für die Bürgerinnen und Bürger, in Kuba unbeschränkt ein- und ausreisen zu können. Von all dem sehen wir noch nichts.“

Es scheint, dass der Wandel in Kuba unter der Herrschaft von Raul Castro nicht von oben kommt. Der Wandel kommt aus der Bevölkerung. Das wird der neue Revolutionsführer mit seiner flügelahnen Regierung besonders im Nachgang der verheerenden Hurrikane zu spüren bekommen. Nach dieser Mega-Naturkatastrophe kann die Regierung nur punktuell helfen. Zu gross sind die Baustellen im ganzen Land. Zu klein sind die Reserven an Baumaterialien, zu knapp die Mittel, die zerstörten Güter des täglichen Gebrauchs zu ersetzen. An der Basis setzt sich immer mehr die Überzeugung durch, dass sich die Zivilgesellschaft selbst helfen muss. Das glaubt auch Yoanis Sanchez: „Wir Kubaner haben angefangen zu erwachen. Es ist das Ende eines langen Schweigens. Wir vernehmen Kritiken auf den Strassen, Forderungen, die vor zwei Jahren absolut undenkbar waren. Und das scheint uns entscheidend. Wir stoßen Mauern um. Worum geht es? Es geht um etwas mehr Lebensstandard für die Bevölkerung und es geht darum, dass die Regierung in diesem Sinn Maßnahmen ergreift.“

Fidel und Raul Castro und die kommunistische Nomenklatur spielen in Kuba ein gefährliches Spiel. Die Führung in Havanna glaubt, das Volk habe den Wechsel von Fidel zu Raul Castro nahtlos und ohne Murren hingenommen. Jetzt meldet sich die zweite Generation von Kubanerinnen und Kubaner, welche die Revolution von Fidel Castro nur aus den Geschichtsbüchern kennt. Die Bloggerin Yoanis Sanchez ist eine von ihnen. Es handelt sich um eine Generation, die ihr Glück nicht im Exil, sondern in Kuba sucht. Yoanis Sanchez: „Ich habe nichts zu verstecken. Ich plane keinen Terroranschlag. Ich rufe auch nicht zu Gewaltakten auf. Ich äussere nur meine Meinung und ich rede aus einer persönlichen Optik. Die staatliche Kontrolle in Kuba verursacht in den meisten Leuten Selbstzensur. Die staatliche Zensur gibt es. Aber viele Menschen wagen sich nicht, etwas zu sagen, weil sie verängstigt sind, was anderen in diesem Staat bereits geschehen ist. Es gibt eine dünne Linie in Kuba. Wenn Du diese dünne Linie überschreitest, den Finger erhebst und sagst, „das und jenes gefällt mir nicht“, dann hat der Staat alle Mittel, die Gerichte und den gesamten Rechtsapparat, die er gegen Dich mobilisieren kann. Das ist schwierig.“

Kuba mag im Inneren unter Druck sein. Außenpolitisch ist der Karibikstaat in eine lateinamerikanische Linksallianz eingebunden. Solange Raul Castro

auf den Geld- und Ressourcenfluss und auf den Austausch mit Venezuela und dessen bolivarianischen Volkstribun Hugo Chavez zählen kann, wird sich Kuba weder politisch noch wirtschaftlich grundsätzlich neu öffnen. Hugo Chavez, der in Caracas solide auf seinen Ölmilliarden sitzt, ist nicht die einzige Stütze der sozialistischen Revolutionäre in Havanna. Auch Präsident Evo Morales in Bolivien und Rafael Correa in Ekuador sind zurzeit bereit, das sozialistische Experiment in Kuba im unmittelbaren Einflussreich der USA tatkräftig zu stützen. Besuche in Havanna der Staatschefs von Russland und China deuten weiter darauf hin, dass die Insel 90 Meilen vor Miami ihren geopolitischen Charme behalten hat.

Der Reformstau im Inneren bleibt. Nicht nur Bauern und Bürger sind gefordert, sondern auch die Intellektuellen. Yoanis Sanchez: „Die Intellektuellen in diesem Land müssen eine soziale Rolle übernehmen. Sie müssen davon Abstand nehmen, die Krümel aufzupicken, welche ihnen die Staatsmacht vor die Mäuler wirft. Die Intellektuellen müssen stellvertretend für das Volk reden. Das ist schwierig. Es gibt so viel Apathie und Eskapismus in Kuba. Es ist zwar schön, wenn die Kunstschaffenden mit ihren Metaphern kritisieren. Aber jetzt braucht das Land direkte Kritik. Es gibt ein großes Maß an Desinteresse im Land, ein weit verbreitetes Gefühl, dass uns das Land eigentlich nicht gehört und dass wir nichts unternehmen können, um die Verhältnisse zu ändern. Wenn sich die Einsicht durchsetzt, dass wir selbst dafür verantwortlich sind, was in Kuba geschieht, werden hier auch die Intellektuellen erwachen, die jetzt noch dösen.“

Kuba erlebt in diesen Monaten innere und äußere Stürme. Die Hurrikane haben Hunderttausende obdachlos gemacht, Existenzen und Lebenspläne zerstört. Der politische Sturm an der Spitze des Staates spielt sich vorderhand noch im Wasserglas ab. Ursula Hauser, eine Psychoanalytikerin mit Schweizer Wurzeln, bildet in Havanna Fachleute aus. Diese helfen in den Katastrophengebieten traumatisierten Opfern der Wirbelstürme mit der Methode des Psychodramas wieder Boden unter den Füßen zu finden. Die Psychoanalytikerin sieht Parallelen zwischen dem klimatischen und dem politisch-sozialen Wirbelsturm, der sich über Kuba entlädt. Beide Stürme öffnen neue Wege: „Es gibt neue Wege der Kommunikation und der Geschichtsaufarbeitung. Welche Auswirkungen diese auf den revolutionären Prozess haben wird, weiß ich nicht. Ich hoffe, dass es positive sind. Ich hoffe, es wird erkannt, dass mit Kontrolle und Repression die Lebensquellen der Menschen unterdrückt werden, anstatt sie konstruktiv zu brauchen.“

Die Psychoanalytikerin fordert mehr Vertrauen, das von oben nach unten gehen sollte: „Die Bauern, die Frauen und die Kinder sollten aus ihrem Lebenskontext Vorschläge machen können. Und dieser Vorgang sollte von der Partei viel mehr gefördert werden, im Zusammenhang auch mit der Unzufriedenheit und mit Konflikten, damit das nicht ausagiert werden muss.“

Wie werden diese Konflikte in Kuba traditionell ausagiert? „Mit Emigration oder mit schweigender Unzufriedenheit, die dazu führt, dass gewisse Wege gesucht werden müssen, um sich durchzuschlängeln. Viel besser wäre, wenn zugehört würde, was die Menschen wirklich aus ihrem Inneren mitteilen möchten. Eine Gesellschaft ohne Konflikte ist tot; eine solche Gesellschaft kann nicht weiter an sich arbeiten“, meint Ursula Hauser.

Es besteht in Kuba keine Gefahr, dass die Konflikte ausgehen. Im Gegenteil. Die Konflikte werden sich verschärfen. Der Comandante en jefe, Fidel Castro, ist zwar abgetreten. Aber sein historischer Schlachtruf vom „Vaterland oder Tod“ geistert weiter durchs Land. Sein Einfluss auf die politischen, wirtschaftlichen und strategischen Entscheide im Land ist nach wie vor sehr groß. Daran lässt auch der neue starke Mann in Kuba, sein Bruder Raul Castro, keine Zweifel offen. Als Raul Castro vom kubanischen Parlament einstimmig zum neuen Staatschef gewählt wurde, bat er die Versammlung, jederzeit bei wichtigen Entscheiden bei seinem greisen Bruder Rat holen zu dürfen. Raul Castro: „Mit der Gewissheit, dass ich dies mit der Zustimmung des Volkes tue, bitte ich dieses Parlament - als oberstes Organ des Staates - dass ich bei Entscheiden, die für die Nation von nachhaltiger Bedeutung sind - besonders in militärischen und außenpolitischen Fragen, aber auch bei Entscheiden, welche die Wirtschaft und die Gesellschaft betreffen – meinen Bruder, den Companero Fidel Castro Ruz, um Rat fragen darf.“

In den vergangenen zwei Jahren war nicht immer klar, dass der zurückgetretene Fidel Castro die Funktion des Übervaters der kubanischen Revolution und eines „Beraters ohne Portfolio“ wahrnehmen konnte. Er war nach schweren Magenoperationen zeitweise zu krank, um sich vernehmen zu lassen. Inzwischen ist Fidel Castro in Kuba wieder sehr präsent, aber unsichtbar.

Den Strategen in Havanna ist es gelungen, den Übergang von Fidel zu Raul Castro in der breiten Öffentlichkeit als nahtlos zu inszenieren. Die revolutionäre Dreifaltigkeit ist perfekt. Der romantische Held, Che Guevara, ist im Himmel, Raul Castro im Regierungspalast und Fidel Castro liest den Kubanerinnen und Kubanern regelmäßig als Autor der Parteizeitung „Granma“ die Leviten. Und wenn es Comandante Fidel Castro will, werden seine tiefgründigen Zeitungs-Essays auch an den Abend-Fernsehnachrichten verlesen. Ein Beispiel: „Ich schrieb im Essay mit dem Titel „Laster und Tugend“, dass jeder, der klaut, vergisst, dass es Personen gibt, die Respekt und Ruhe für sich und seine Angehörigen fordert. Alle diese Menschen wollen gute und reichhaltige Nahrungsmittel, Wohnraum, elektrischen Strom ohne Unterbrüche, fließendes Wasser, Strassen ohne Löcher und bequemen und sicheren öffentlichen Verkehr. Ich frage, ob es dem Menschen in jener Gesellschaft, in der er leben muss gelingt, das Zusammenleben rational zu organisieren.“

Die Antwort auf diese Frage ist negativ. Der kubanischen Gesellschaft ist es in 50 Jahren Revolution nicht gelungen, den Alltag rational zu organisieren. Noch immer sind viele Nahrungsmittel rationiert und knapp und es herrscht eine akute Wohnungsnot im Land. Dafür kann nicht das Handelsembargo verantwortlich gemacht werden, das die Vereinigten Staaten von Amerika seit 47 Jahren gegen Kuba aufrecht hält.

Die Polemik, welchen Schaden das US-amerikanische Embargo der kubanischen Wirtschaft im Verlauf der Jahrzehnte zugefügt hat, ist uferlos. Und diese Polemik war im Umfeld der amerikanischen Präsidentschaftswahlen neu entbrannt. Christopher Dodd, der für die demokratische Partei für die Präsidentschaft ins Rennen stieg, redete in seiner Kampagne Klartext, worum es im Jahr 2008 in Kuba geht: „Alle vier Jahre entdecken die Präsidentschafts-Kandidaten das Thema Kuba aufs neue. Die Zeit ist gekommen, das öffentlich zu sagen, was viele Amerikaner, und auch Kuba-Amerikaner denken. Die US-Politik gegenüber Kuba hat weder den amerikanischen Interessen gedient, noch hat diese Politik Kuba die Demokratie gebracht. Diese Embargo-Politik war ein kolossaler Fehler.“

Die US-Embargo-Politik ist gescheitert. Schwerer wiegt aus amerikanischer Sicht, dass Washington kaum Einfluss hat, welche wirtschaftlichen und politischen Weichen heute in Kuba gestellt werden: „Ich habe keine Illusion über den inneren Zustand von Kuba. Trotzdem müssen wir in den USA eine Wahl treffen. Die USA können einen Faktor sein, wenn in Kuba die Karten neu gemischt werden für die kommenden 50 Jahre, oder die USA können zuschauen, wie andere über die Zukunft von Kuba entscheiden.“

Der Wahlredner Christopher Dodd machte noch auf einen weiteren Widerspruch aufmerksam zum nutzlosen US-Embargo gegen Kuba. Er meinte, diese Handelssperre habe auch den USA geschadet: „Wir kennen alle die zweifelhaften Erfolge, welche das Embargo gebracht hat. Die Handelssperre hat amerikanische Bürger das grundsätzliche Recht genommen, frei zu reisen und Angehörige in Kuba zu besuchen. Das Embargo hat auch amerikanischen Farmern den Zugang zum kubanischen Markt versperrt. Weiter hatte das Embargo zur Folge, das US-Familien von potentiell lebensrettenden medizinischen Fortschritten nicht profitieren konnten, die über die Jahre in kubanischen Kliniken und Laboratorien entwickelt wurden.“

Es liegt auf der Hand, dass Christopher Dodd mit seinen radikalen Ideen zum bilateralen Verhältnis zwischen Kuba und den USA die parteiinterne Ausmarchung der Demokraten für die Präsidentschaft nicht gewinnen konnte. Wie man zum Thema Kuba in den USA Stimmung machen kann, zeigte im Wahlkampf John McCain.: „Ich glaube, wir müssen dem kubanischen Volk Hoffnung geben, nicht dem Castro-Regime. Meine Regierung wird das kubanische Regime dazu zwingen, alle politischen

Gefangen bedingungslos frei zu lassen alle politischen Parteien, freie Gewerkschaften und eine freie Presse zuzulassen. Weiter fordern wir international überwachte Wahlen in Kuba und das Handelsembargo werden wir so lange aufrecht erhalten, bis all die erwähnten Elemente einer demokratischen Gesellschaft erfüllt sind.“

Will sich Präsident Barak Obama tatsächlich umgehend mit den Comandantes in Kuba zu einem Gespräch zusammensetzen? Im Wahlkampf präzisierte er, wie eine Annäherung zwischen Washington und Havanna sich abspielen könnte: „Ich habe nie gesagt, dass ich bereit sei, die Beziehung mit Kuba sofort zu normalisieren. Was ich gesagt habe ist dies: Wir sollten als Zeichen des guten Willens die Bestimmungen ändern, damit Kuba-Amerikaner ihren Familienangehörigen vermehrt Geld nach Kuba schicken und auch selbst hinreisen können. Und wenn wir danach bei einer Reihe von Fragen gute Fortschritte sähen, sollten wir unsere Beziehung mit Kuba normalisieren; das auch ganz einfach auf dem Hintergrund, weil das, was wir in den vergangenen 50 Jahren gegenüber Kuba gemacht haben, nicht funktioniert hat. Und was war das oberste Ziel unserer Politik? Dass das kubanische Volk seine Freiheit hat.“

Obama sinnierte in einer Wahlrede, wie er sich ein Treffen mit der kubanischen Führung vorstellt: „Ich würde auf direkte Gespräche mit Kuba eintreten, nachdem vorausgehend bereits diplomatische Treffen auf unterer Stufe stattgefunden haben, auf denen die Vorarbeit geleistet werden müsste. Erst dann würde ich auf Direktgespräche auf höchster Ebene eintreten, um klarzumachen, was die USA vom kubanischen Regime erwartet. Ich würde also ohne Vorbedingungen mit Kuba sprechen, nachdem die entsprechende Vorarbeit geleistet worden ist.“

Der Ton ist rau zwischen den USA und Kuba in Zeiten des Wahlkampfes. Und die Wahrscheinlichkeit, dass die politische Vernunft in Havanna oder in Washington bald siegt, ist klein. Die USA versuchen noch immer mit ihrer Außenpolitik, den tropischen Sozialismus in Kuba mit der wirtschaftlichen Daumenschraube zu bodigen. Das hat in den vergangenen 50 Jahren nicht funktioniert und wird auch in Zukunft kaum funktionieren. Die amerikanische Embargo-Politik hat dazu geführt, dass die USA von allen wichtigen Entscheiden, die von der politischen Klasse in Kuba gefällt wurden, ausgeschlossen waren und sind. Außerdem ist das US-Handelsembargo der USA für Fidel und Raul Castro das wichtigste Instrument für ihren Machterhalt.

Der Wandel in Kuba wird vermutlich weder von der Politik in Havanna noch in Washington eingeleitet. Die neuen Generationen, die in Kuba heranwachsen, werden sich nach der jetzt erfolgten Machtübergabe von Fidel an Raul Castro nicht unbefristet mit leeren Versprechen und wirtschaftlichen und politische Scheinreformen gängeln lassen.

Oswaldo Paya, ein kubanischer Dissident mit christlich-sozialem Hintergrund und Gewinner des Sacharow-Friedens-Preises, spricht im Namen von vielen Kubanerinnen und Kubaner, wenn er sagt: " Ich mache keinen Vergleich zwischen Fidel und Raul Castro. Raul Castro mag einen anderen Stil pflegen als sein Bruder Fidel. Er geißelt die Korruption im Land und den Klau von Gütern. Aber die größte Korruption in Kuba ist, dass es eine Klasse von Leuten im Land gibt, die für sich alle Privilegien beansprucht, die sie für nicht bestreitbar hält. Und daneben gibt es ein Volk, das kaum Rechte und keine Stimme hat, sich auszudrücken. Darum sage ich, die Nuancen zwischen Fidel und Raul Castro sind für das kubanische Volk unwichtig. Dieses Volk will etwas Neues. Und dieses Neue heißt: Freiheit."

Auf den ersten Blick und aus heutiger Sicht ist schwer verständlich, warum die Strategen in Havanna die Machtübergabe von Fidel an Raul Castro nicht dazu benützt haben, echte und für das Volk spürbare Reformen einzuleiten. Diese Reformen wird es nicht geben, so lange der 82 Jahre alte Fidel Castro lebt.